„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaufürsten; in Berlin bei der Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; Filiale Friedrichstadt: Friedrichstraße 66; Filiale Königstadt: Königstraße 56/57; Filiale Louisenstadt: Prinzenstraße 41; bei allen Zeitungsspediteuren und Stadtpostämtern. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur der Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
auf das „Berliner Tageblatt“ nebst „Handels-Zeitung“, sowie dem illustrirten Sonntagsblatt „ULK“, der populär. Montags-Ausgabe „Zeitgeist“ und „Technische Rundschau“, dem Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle“ und den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft“ vierteljährlich 5 Mark 25 Pf. Ausland excl. Postaufschlag; bei directer Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin auch monatlich 1 M. 75 Pf. incl. Botenlohn, bei separater Zustellung des Abendblattes 2 M. pränumerando). — Inserate à Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstr. 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstr. 66, Königstr. 56/57, Prinzenstr. 41 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

# Berliner Tageblatt.

Nummer 98. Berlin, Sonntag, den 23. Februar 1896. XXV. Jahrgang.

## Politische Wochenschau.

Von
**Arthur Levysohn.**

Die Herren vom Bund der Landwirthe hatten sich fünf- und Mann stark im Cirkus Busch zu Berlin Stelldichein gegeben. Herr v. Plötz war unter sie getreten, um — frei nach Karl Moor — Musterung über sie zu halten. Die Leute, von denen der weite Raum widerhallte, waren nicht lauttönig wie der Jubel, der die verschiedenen Redner begrüßte, wenn sie auf den Landwirthschaftsminister, die Regierung, die Börse und die Juden schimpften. Ueberhaupt die Wendungen à la Götz von Berlichingen, gegen Minister und hohe Staatsbeamte gerichtet, wechselten in holdem Reigentanz mit Versicherungen unverbrüchlicher monarchischer Gesinnung, und der Umstand, daß der Kassenabschluß des Bundes für gerade ein glänzendes Bild seiner Prosperität darbot und es gab sogar ein ungedecktes Defizit —, hinderte in nichts den Ausdruck des stolzen Machtbewußtseins, das die Brust der maßgebenden Persönlichkeiten unter unseren Agrariern schwellt. Daß der Bund im Uebrigen nicht daran denkt, seine Devise — die der Landwirthschaftsminister eine „gemeinschädliche“ genannt hatte — zu ändern, bedarf wohl kaum der Versicherung. Der Antrag Kanitz und die Rückkehr zum Protectionismus bleiben nach wie vor das A und das O einer Agitation, die an demagogischem Nachdruck mit der Art Stöcker's, in der die Sozialdemokraten die Massen für sich zu gewinnen trachten.

Mit dem Getreidemonopol ist es freilich fürs Erste nichts, um so mehr aber klammern sich die Agitatoren des Bundes an die Silberwährung. Daß der Reichskanzler bei der engen Fühlung der Regierung nicht direkt angefragt, ob sie geneigt sei, eine internationale Währungskonferenz einzuberufen, sondern sich er sich darauf beschränkt hat, an Lord Salisbury, die Frage zu richten, wie er sich zur Wiedereröffnung der indischen Münzprägestätten stelle, wird dem Fürsten Hohenlohe fast todeswürdigen Verbrechen gemacht. Die sonst so nationalen Heißsporne unter den Bimetallisten und Landwirthen nehmen keinen Anstand, sich mit dem britischen Staatssekretär Balfour gegen den ersten Vertrauensmann des Reichs zu verbünden, mit Balfour, der sich eben noch bei Gelegenheit der Transvaalfrage in öffentlichen Reden als Gesundheitsfreund zweiter Klasse erwiesen hatte. Ob es gerade patriotisch und patriotisch ist, gegen die eigene Regierung das Ausland bei mehr oder weniger antideutschen Auslandes anzuregen, bleibe hier ununtersucht. Es sollte aber keinem freisinnigen oder sozialdemokratischen Politiker gerathen werden, in ähnlicher Weise einen fremden Staatsmann gegen das Ausland auszuspielen, eine Boykottirung als Landesverrath vor Seiten derselben Urgermanen wäre ihm sicher, die einem englischen Minister — weil es ihr materielles Interesse erheischt — größere Glaubwürdigkeit beimessen als dem Kanzler des deutschen Reichs und seinem Botschafter in London.

In England lacht man natürlich über die kaum erhofften Liebesgenossen gegen die deutsche Diplomatie, die der engagirte Staatskunst von Transvaal zugezogen. Lord Salisbury, Chamberlain und Herr Balfour müssen sich im stillen Kämmerlein eingestehen, daß ihre diplomatischen Unternehmungen, seit sie wieder am Ruder sind, durchweg der engen Politik Niederlage auf Niederlage eingetragen haben. Venezuela gegenüber muß sich Großbritannien bereits aufs Zurückgeben einrichten, in Transvaal hat man sich schon darein gefunden, daß auch „Ohm Paul“, der Präsident Krüger, sich nicht zu dem Bußgang nach London herbeiläßt, den ihm angesonnen, in Armenien ließ man sich von Rußland den Weg zu der geplanten antitürkischen Aktion verlegen, so daß den Briten nichts übrig bleibt, als ziemlich kleinlaut den Rückzug anzutreten, in Korea haben abermals die Russen den Engländern das Präventire gespielen, und jetzt droht ihnen noch zuguterletzt eine weitere folgende Aktion der Pforte, die, im Auftrage Rußlands und Frankreichs unternommen, nichts Geringeres bezweckt, als Großbritanien aus Egypten herauszumanövriren, wo es sich im Grund völkerrechtlich sehr fragwürdiger Vorwände als Besitzer eingenistet hat.

Dadurch, daß die Pforte jetzt die Initiative zu einem Vorgehen gegen das Kabinet von St. James ergreifen tritt die veränderte Lage am Bosporus deutlich in die Erscheinung. Die Petersburger Diplomatie hat ersichtlich entschieden Oberwasser, und der Sultan, der im Grunde seinen willfährigsten Freund und Protektor sieht, nimmt keinen Anstand, auf den leisesten russischen Wink hin seine Politik zu modifiziren. Zunächst hat davon Fürst Ferdinand von Bulgarien profitirt. In Sofia herrscht plötzlich Friede, Freude und Fröhlichkeit, seitdem mit der Umtaufe oder Salbung des Prinzen Boris die angestrebte Versöhnung mit dem großen Väterchen zur vollzogenen That geworden ist. „Die Anerkennung des Besten“, wie es im Scheffelschen Liede heißt, fehlt nun Ferdinands Vetter bungen nicht. Alle Großmächte haben sich beeilt, dem Beispiel Sultan Abdul Hamids zu folgen, der den Fürsten von Bulgarien durch seinen Anerkennungsakt in die europäische Regentenfamilie als vollberechtigtes, wenn auch vom türkischen Suzerän im Namen nach noch abhängiges Mitglied einführte.

Am peinlichsten mögen diese Vorgänge in Wien und Budapest berührt haben. Mit einem Schlage sieht man dort das ganze Terrain verloren, das man seit den famosen Tagen des Generals Kaulbars auf dem ganzen Balkan, nicht nur in Bulgarien, ohne Schwertstreich gewonnen gehabt. Denn der Rückschlag der russischen Erfolge in Sofia macht sich bereits auch in Serbien fühlbar, von dem man annahm, daß es ganz fraglos in den Bereich der österreichisch-ungarischen Interessensphäre gehöre. Man sucht freilich noch möglichst gute Miene zum bösen Spiel zu machen — aber es wäre zu unnatürlich, wenn man in Wien und Budapest der moralischen Bestätigung Bulgariens durch Rußland frohen Sinnes anwohnen wollte, und so täuscht die noch so geschickt vorgenommene Maske der Gleichgiltigkeit im Grunde Niemand.

Die Lage der österreichisch-ungarischen Monarchie ist ohnehin nicht die beneidenswertheste. Die Verhandlungen zur Erneuerung des Ausgleiches zwischen den beiden Reichshälften gestalteten sich schwieriger denn je zuvor. In Cisleithanien wie in Ungarn gaben sich mächtige Strömungen kund, die eine Verschiebung der finanziellen Grundlagen des bestehenden Vertrages mit Ungestüm fordern. Die Oesterreicher verlangen, daß die Ungarn mehr als bisher zu den gemeinsamen Reichskosten beitragen, und die Ungarn wiederum wollen nicht nur ihre Quote ermäßigt, sondern auch die Zollergebnisse zu ihren Gunsten verändert sehen. Auf beiden Seiten droht man mit Kündigung des bestehenden Ausgleichsvertrages und mit Errichtung von Zollschranken an der Leitha. Eine Verständigung aber ist bis zur Stunde nicht abzusehen.

Zu alledem kommt noch in Cisleithanien die Schwierigkeit der von Graf Badeni inzwischen in die Hand genommenen Wahlreform, an der schon Graf Taaffe wie das Koalitionskabinet, beide seine Vorgänger, gescheitert waren. Diese Wahlreform ist nun freilich weit entfernt, radikal mit den bestehenden Verhältnissen aufzuräumen. Wie ein Schwalbennest an einem verfallenen Palast, so klebt das Projekt des Grafen Badeni mit seiner neu ins Leben zu rufenden Wahlkörperschaft an dem künstlichen Kuriensystem, aus dem sich die österreichische Volksvertretung rekrutirt. Die Sozialdemokratie, auf deren Drängen diese Reformarbeit überhaupt nur unternommen wurde, ist natürlich völlig unbefriedigt von dem Badenischen Plane, so daß, da auch die bürgerlichen Parteien nur sehr vereinzelt für den Entwurf sich erwärmt zeigen, es immerhin fraglich bleibt, ob, selbst den Fall der Annahme im Parlament vorausgesetzt, für die Konsolidirung der cisleithanischen Verhältnisse mit dem Projekt viel gewonnen sein würde.

Derartige parlamentarische Probleme sehen sich allerdings von der Ferne aus bedenklicher an, als dies meist thatsächlich der Fall ist. Beweis: der eben zum Abschluß gekommene Verfassungskonflikt in der französischen Republik, wo das radikale Ministerium Bourgeois die Deputirtenkammer, die ihm ihr Vertrauen votirt hatte, gegen den Senat ausspielte, dem gegenüber es in der Minderheit geblieben war. Artikel VI der französischen Verfassung von 1875 erklärt freilich ausdrücklich, daß das Ministerium den Kammern verantwortlich sei. Allein, da zur Erhebung einer Ministeranklage nicht der Senat, sondern nur die Abgeordnetenkammer gesetzlich befugt ist, so meinte Herr Bourgeois, sich an den Wortlaut des Artikel VI nicht halten zu müssen. Er blieb also trotz des senatorialen Tadelsvotums ruhig im Amt. Alle Welt glaubte nun, daß dadurch ein unentwirrbarer Konflikt heraufbeschworen würde. Der Senat, so dachte man, würde gesetzgeberisch streiken, der Präsident Faure, dessen Einmischung die Einen ebenso entschieden begehrten, wie sie die Anderen als unkonstitutionell verneinten, sollte zur Entlassung gedrängt, der Kongreß nach Versailles einberufen und wer weiß was noch alles in Szene gesetzt werden.

Aber wie man die Vorgänge bei Licht und näher besah, kam alles ganz anders. Der Senat, der den Mund erst sehr voll genommen, gab plötzlich klein bei, begnügte sich mit einem papiernen Protest, wollte das Land zwischen sich und dem Kabinet richten lassen und verzichtete auf jedes Streitgelüst, indem er also de facto der anderen Kammer das alleinige Vorrecht, Minister zu stürzen, einräumte. Dazu mag wohl auch die Angst beigetragen haben, bei fortgesetzter Opposition gegen das Ministerium Bourgeois vor Land und Volk als Schützer der Korruption dazustehen, die zu bekämpfen das radikale Kabinet für seine Lebensaufgabe erklärt. Aber die kurze Zeit des Konflikts hat schon genügt, um den Schrei: „Nieder mit dem Senat!“ sehr volksthümlich zu machen. Und so muß man erwarten, daß die freiwillige Abdankung des Senats, die er durch sein Verhalten vollzogen, nur der Vorläufer seiner gänzlichen Abschaffung sein werde, die fortan als erste populäre Forderung aller radikalen Republikaner in den Vordergrund treten dürfte.

---

* In **agrarisch-antisemitischen Kreisen** wird die vom Bunde der Landwirthe in seiner Versammlung im Cirkus Busch mit so viel Getöse in Szene gesetzte Hetze gegen den Landwirthschaftsminister **v. Hammerstein** lustig fortgeführt. So schrieb gestern Abend die agrarisch-antisemitische Staatsbürgerzeitung:

„Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird Minister v. Hammerstein demnächst **gestürzt** werden, da er sich durch seine Zustimmung zu einem Verbot des Margarinekäses mit der Gesammtpolitik der Regierung in Widerspruch gesetzt haben soll.“

Denselben Faden, aber eine etwas feinere Nummer spinnt die „Kreuzzeitung“, die gestern Abend eine Besprechung über die Verhandlungen in der Margarinekommission über den Antrag Klose (Verbot des Margarinekäses), in welcher sie die anscheinenden Widersprüche in der Haltung des Landwirthschaftsministers hervorgehoben hatte, mit der Bemerkung schloß:

„Man stehe vor diesen auffallenden Widersprüchen einstweilen mit berechtigtem Staunen.“

Die beiden agrarisch-antisemitischen Organe haben das Fell des Bären verkauft, ehe der Bär erlegt war. Wie wir zu wissen glauben, ist dem Manne, der doch zunächst vom Rücktritt des Landwirthschaftsministers etwas wissen müßte, nämlich Herrn v. Hammerstein-Loxten selber, **kein Sterbenswort davon bekannt.** Aber Kreuzzeitung und Staatsbürgerzeitung haben, Arm in Arm, nun verrathen, was sie wünschen, erstreben und zur Zeit noch nicht erlangten.

---

## Herr v. Massow und die Deutsch-Konservativen.

Als die ersten Mittheilungen über den Hammerstein-Krach durch die Enthüllungen der „Kleinen Presse“ in Frankfurt a. M. und des „Berl. Tagebl.“ in die Oeffentlichkeit gelangten, haben wir keinen Augenblick daran gezweifelt, daß die deutsch-konservative Partei zu einer Krisis gedrängt sei. Von Anfang an haben wir nicht die geringsten Zweifel gehabt, daß es sich bei diesem Hammerstein-Skandal nicht sowohl um die Beseitigung eines einzelnen ehrlosen Mitgliedes einer politischen Partei, oder, wie Stöcker zu sagen pflegt, um die Entfernung des „unglücklichen“ Mannes handelte, als vielmehr um Sein oder Nichtsein des gegenwärtig bestehenden konservativen Parteiverbandes. Die „Krzztg.“ hat nicht genug Spott und Hohn über diese Auffassung schütten können. Auch Herr v. Kröcher glaubte, nach seiner bekannten Erklärung im preußischen Landtage leichten Herzens über diese unangenehme Geschichte hinweggleiten zu dürfen.

Die Grundpfeiler der konservativen Parteiorganisation, so meint er, wären nach wie vor unverändert geblieben. Er zog sich mit einem bemerkenswerthen Geschick aus dem Handel, indem er rücksichtslos den ehemaligen Parteigenossen preisgab und im Uebrigen das Kreuzzeitungskomitee sowie die Parteifreunde, so gut es eben gehen wollte, zu entschuldigen suchte. An der Ehrenhaftigkeit des Herrn v. Kröcher hat Niemand zweifeln dürfen und auch Niemand gezweifelt. Allein, über den weiteren Erfolg seiner Erklärung hat er sich doch getäuscht. Der Riß im eigenen Parteilager war nicht zu verkleistern; im Gegentheil, er klaffte täglich mehr aus einander. Es folgte dann die schroffe Auseinandersetzung zwischen den Christlich-Sozialen und der konservativen Mutterpartei, und die Trennung von Tisch und Bett zwischen Beiden wurde öffentlich ausgesprochen. Die lange Zeit abgeleugnete Krisis in der konservativen Partei war mit elementarer Gewalt hereingebrochen, und der Bau tracht nun in allen seinen Fugen. Ernsthafte konservative Parteimänner werden sich in ihrem Innern über die wahre Lage ihrer Partei keiner Selbsttäuschung hingegeben haben; allein, sie mochten aus Zweckmäßigkeitsgründen es vorgezogen haben, zu schweigen, um die schon vorhandenen Streitpunkte nicht noch zu vermehren oder um die schon ohnehin schwer genug kompromittirte Partei nicht noch mehr in der Oeffentlichkeit blos zu stellen.

Einer hat indessen den anerkennenswerthen Muth gefunden, offen und rückhaltlos seiner eigenen Partei einen Spiegel vorzuhalten, in welchem sie ihr natürlich Abbild erkennen kann und muß. Dieses Verdienst hat sich der durch seine sozialreformatorischen Schriften in weiten Kreisen bekannt gewordene Potsdamer Regierungsrath Herr v. Massow, ein Mann von unantastbar konservativer Gesinnung, erworben. In einer im „Reichsboten“ abgedruckten umfangreichen Erklärung erörtert er die „gegenwärtige Krise innerhalb der konservativen Partei“ und ihre Ursachen. Als eine der vornehmlichsten bezeichnet er unbedenklich die Hammerstein-Affaire und die mit ihr in unlöslichem Zusammenhange stehende Gesammthaltung der „Kreuzzeitung“. Er steht nicht an, einzugestehen: „Mit dem Verhalten der parlamentarischen Fraktionen und der Parteileitung ist man im höchsten Grade unzufrieden.“ Und nun wendet er sich in folgenden Sätzen der Darstellung des Falles Hammerstein zu:

„Bei voller Anerkennung der Nothstände, von denen Landwirthschaft, Handwerk u. s. w. betroffen sind, hält man es dennoch für falsch, den Schwerpunkt der Aktion auf das wirthschaftliche Gebiet zu verlegen. Die deutsch-konservative, als Nachfolgerin der 1848 im Kampfe gegen die Revolution gegründeten preußischen konservativen Partei, steht in erster Linie auf christlicher Grundlage; deshalb muß ihre Aktion vor allem den christlichen Charakter bewahren. Damit steht das Verhalten der Parteileitung und der konservativen Fraktionen in letzter Zeit vielfach in Widerspruch.

Nach alledem, was der Oeffentlichkeit bekannt geworden ist, unterliegt es keinem Zweifel, daß man schon Monate lang, bevor der ehemalige Chefredakteur der „Kreuzzeitung“, der gleichzeitig Mitglied des Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses war, von seinem Amte suspendirt wurde und aus den Fraktionen austrat, im Kuratorium der „Kreuzzeitung“ wie in parlamentarischen Parteikreisen darüber im Klaren war, daß er in sittlicher Beziehung ein Leben führte, welches sich zu den Geboten Gottes und den Lehren unseres Heilandes im schroffsten Widerspruch befand. Daß man ihn nicht früher suspendirte oder, wenn dies nach seinen Kontraktsverhältnissen nicht möglich beziehungsweise bei dem Kuratorium der „Kreuzzeitung“ nicht durchzusetzen war, seitens der Parteileitung nicht bereits im Januar 1895 eine Erklärung veröffentlichte, welche jede Gemeinschaft der Partei mit der „Kreuzzeitung“ ausschloß, daß man vielmehr

Hierzu Ziehungs-Liste Nr. 7, sowie für die Berliner Abonnenten Deutsche Lesehalle Nr. 8.